

## Letzter Sieg über Birs-Kraftwerk

WWF gewinnt auch vor Baurekurskommission

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Die Baurekurskommission hat das Rekursverfahren gegen das Baugesuch für das Klein-Wasserkraftwerk an der Birs in Zwingen abgeschrieben und den Fischern sowie dem WWF eine Parteientschädigung von 4500 Franken zugesprochen. Damit ist definitiv klar: Für das derzeitige Projekt eines Klein-Wasserkraftwerks an der Birs in Zwingen gibt es keine Baubewilligung. Den Entscheid vom 14. April hat der WWF gestern publik gemacht.

Wie aus dem sechsstufigen Papier hervorgeht, hat die Baurekurskommission in ihrem Entscheid das Urteil des Kantonsgerichts vom vergangenen September berücksichtigt. Die Kantonsrichter rügten, das Verfahren zur Bewilligung von Kraftwerken im Baselbiet sei nicht bundesrechtskonform, da zwei Instanzenwege durchschritten werden müssen: einer für das Konzessionsverfahren und einer für das Baugesuch. Dies sei nicht erlaubt.

Für die Elektra Baselland (EBL) hat das Urteil weitreichende Konsequenzen. Ihre Kraftwerkprojekte zum Ausbau von erneuerbaren Energien sind blockiert, bis die Verfahren angepasst und das Raumplanungs- und Baugesetz entsprechend revidiert wird.

Laut Geschäftsleitungsmitglied Tobias Andrist erwartet die EBL die Vorlage im September. Er lässt sich aber nicht in die Karten blicken, ob dann das Projekt Kraftwerk Zwingen erneut in Angriff genommen wird: «Wir haben andere Projekte, die wir priorisiert umsetzen müssen.» Andrist spricht das Kraftwerk Obermatt an, das ebenso in Zwingen am Birslauf steht und dessen Konzession im Herbst auslaufen wird. Die Zeit drängt also. Andrist verspricht, dass die Umweltverbände «bei diesem vielschichtigen Projekt», in welchem auch der Hochwasserschutz ein Thema ist, einbezogen würden.

## Bequem sitzen, besser denken

GLP-Landrat will Landratssaal renovieren

Von Alessandra Paone

**Liestal.** «Wer auf den speckig glänzenden Stühlen im Landratssaal sitzt und seine Arme auf die vom Leder gebrochene Lehnen aufstützt, weiss: Da ist schon lange nichts mehr gemacht worden, weil der Kanton natürlich wie immer kein Geld hat und es auch nicht nötig ist.» Diese bilderreichen Zeilen stammen aus dem Postulat des grünliberalen Landrats Hans Furer, das er an der morgigen Sitzung einreichen wird. Es ist der letzte Vorstoss vor seinem Ausscheiden aus dem Parlament Ende Juni. Der Bottminger wurde bei den Gesamterneuerungswahlen im Februar nicht wieder gewählt.

Konkret fordert Furer, dass der Landratssaal, das Vorzimmer und der Eingang umfassend renoviert werden. «Wir politisieren in der Brockenstube der Schweiz», sagt er. Betrete man das Regierungsgebäude, so wackele schon beim Aufmachen die Türfälle. Eine «merkwürdige Glastüre» öffne den Bereich gegen die Landeskantlei hin. Merkwürdig sei auch die andere Eingangstür, die automatisch aufgehe wie

in der Serie von «Maxwell Smart», die in den 70er-Jahren im Vorabendprogramm gezeigt wurde. Im Landratssaal seien die Tische viel zu klein, die Vorhänge viel zu kurz: «Zieht der eine am Vorhang, um sich vor der Sonne zu schützen, wird dafür ein anderer von der Sonne geblendet.»

Dass der Wunsch nach einer Renovation von Hans Furer kommt, erstaunt kaum. Der Kunstliebhaber war noch keine drei Monate im Amt, als er 2011 die Regierung ersuchte, das monumentale Wandbild aus dem Landratssaal zu verbannen und durch ein künstlerisch hochstehendes Werk zu ersetzen. Später wollte er die St. Jakobshalle nach dem Baselbieter Tennisstar Roger Federer umbenennen und ein neues Denkmal für den Baselbieter Literatur-nobelpreisträger Carl Spitteler.

### Letzter Umbau datiert von 1962

Mit seinen originellen Vorstössen sorgt Furer zwar für Gesprächsstoff, umgesetzt werden sie aber selten. Dies dürfte angesichts des Kantonsdefizits von 120 Millionen Franken auch bei seinem jüngsten Postulat ausbleiben. Für den Grünliberalen ist die schlechte Finanzlage jedoch kein Grund, gleich überall zu sparen. Es gehe schliesslich auch ums Etikett und um den Auftritt des Kantons. «Der Chef eines kriselnden Privatunternehmens kann ja auch nicht herumlaufen wie ein Clochard», sagt Furer. Ausserdem habe ein Landratssaal mit angenehmen, ergonomischen Stühlen und guten Arbeitsplätzen nichts mit Luxus zu tun. Furer ist zudem überzeugt, dass eine professionelle, den heutigen Verhältnissen angepasste Infrastruktur bessere politische Resultate generieren würde. Anders gesagt: Wer bequemer sitzt, denkt besser.



**Shabby Chic.** Die Armlehnen im Landratssaal sind abgenutzt.



**Aus der Mode.** Hans Furer würde die zu kurz geratenen, schweren blauen Vorhänge im Landratssaal am liebsten ersetzen. Fotos Florian Bärtschiger

Im Vergleich zu seinen früheren Vorstössen, hat Furer diesmal einen Vorteil: Das Landratsbüro hat die Renovation des Landratssaals bereits ins Auge gefasst. Dabei geht es aber nicht um eine Totalsanierung, sondern lediglich um eine Mängelbeseitigung, wie Landschreiber Peter Vetter auf Anfrage bestätigt. Das Projekt befindet sich in der Startphase, deshalb könne er noch nichts über die Kosten sagen. «Wir überlegen uns auch, den Zugang zum Regierungsgebäude zum Schutz aller darin

tätigen Personen besser zu kontrollieren», sagt Vetter. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landrat voraussichtlich im Herbst unterbreitet.

Der Landratssaal wurde 1962 letztmals umgebaut. Seither fanden nur noch geringfügige Anpassungen statt, wie etwa der Einbau der Sprechanlage oder die Einrichtung der Behindertenzugänglichkeit. Die Pulte, die Teppiche und die Wände wurden laut Vetter zuletzt in der ersten Hälfte der 90er-Jahre erneuert.

## Steuern sparen in Stein im Fricktal

Mit Fusion würde der Steuerfuss in drei Gemeinden massiv gesenkt

Von Christian Horisberger

**Schupfart.** «Wir schliessen lediglich die Verwaltung und Behörden zusammen. Alles andere bleibt beim Alten.» So fasst Hansueli Bühler, Gemeindeammann von Stein, die geplante Fusion der Fricktaler Dörfer Mumpf, Obermumpf, Schupfart und Stein zusammen. Etwas stark vereinfacht zwar, doch die wesentlichsten Änderungen des geplanten Zusammenschlusses im mittleren Fricktal betreffen effektiv die Verwaltung, die in Stein zentralisiert werden soll, mit einem Nebenstandort in Mumpf sowie den fünfköpfigen Gemeinderat anstelle der vier bisherigen Exekutiven.

Ein weiteres handfestes Argument für die Fusion liefert der Kanton Aargau. Er leistet neben einem einmaligen Fusionsbatzen von 400 000 Franken pro Gemeinde eine auf acht Jahre fixe Jahrespauschale von 600 000 Franken sowie rund sechs Millionen Franken Ausgleichszahlungen auf der Basis der Steuerkraft der Gemeinden. Das sind alles in allem rund zwölf Millionen. Nicht zuletzt Dank diesen Beiträgen kann der Steuerfuss der fusionierten Gemeinde zum Start dem tiefen heutigen Niveau von Stein (98 Prozent der Staatssteuer) angeglichen werden. Die Sätze der drei anderen Dörfer liegen aktuell bei 125, 122 und 119 Prozent.

### Ortsnamen bleiben

Die neue politische Gemeinde soll Stein im Fricktal heissen. Dennoch werden die fusionierten Dörfer weder ihren angestammten Ortsnamen noch ihre Postleitzahl verlieren, hielt Bühler fest. Aus der Taufe gehoben werden soll die Gemeinde mit künftig rund 6000 Einwohnern zeitgleich mit dem Start der neuen Gemeinderatslegislatur am 1. Januar 2018. Vorausgesetzt, die Gemeindeversammlungen in allen vier Dörfern geben am 18. September dieses Jahres grünes Licht zur Fusion, und die Entscheide werden anschliessend an der Urne bestätigt.

Bis dahin hat die Projektleitung «Zukunft mittleres Fricktal», die gestern auf dem Flugplatz Schupfart vor die Medien trat, noch einiges zu tun. Vor allem muss sie die Bevölkerung davon überzeugen, dass eine gemeinsame Verwaltung eine bessere Dienstleistungsqualität, besser qualifiziertes Personal sowie längere Öffnungszeiten bedeuten. Für die Zusammenlegung spreche zudem eine leichtere Suche nach willigen und fähigen Mitgliedern für die Gemeindebehörden, wie Projektleiter Markus Leimbacher sagte. Der Bedarf würde sich mit der Fusion massiv reduzieren. Damit in Gemeinderat, Schulpflege und Finanzkommission stets jeder Ortsteil vertreten ist, sind diesen fixe Sitzzahlen zugewiesen. Im Gemeinderat zum Beispiel stünde dem mit Abstand grössten Ortsteil Stein mit gut 3000 Einwohnern zwei Sitze und den anderen je ein Sitz zu.

Fakten sind das eine, Emotionen das andere. Die Projektleitung scheint grossen Wert darauf zu legen, die Schupfarter, Mumpfer, Obermumpfer und Steiner davon zu überzeugen, dass sie

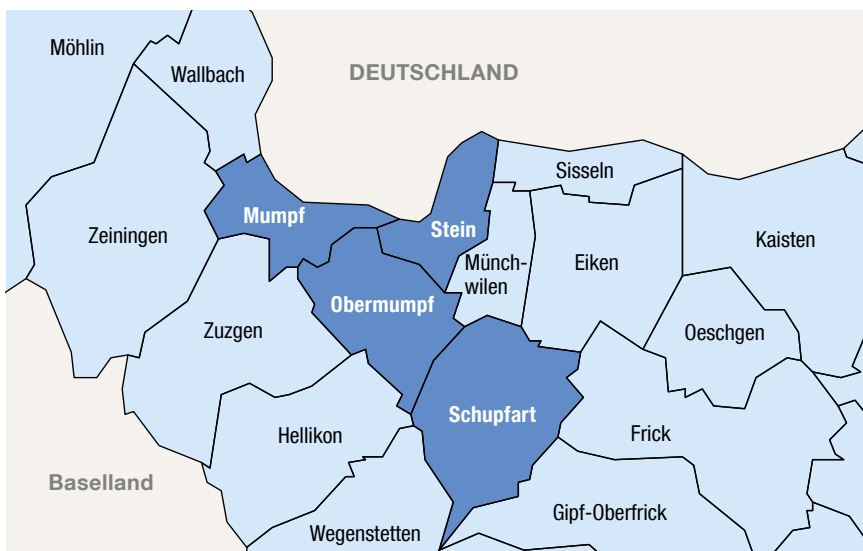
mit einem Ja zum Zusammenschluss ihre Identität nicht aufgeben. Neben Ortsnamen und Schule solle auch das Vereinsleben unangetastet bleiben, erklärte der Steiner Gemeindeammann. Und das neue Wappen, ein potenzieller Zankapfel, werde erst gestaltet, wenn die Fusion über die Bühne ist – unter Mitwirkung der Bevölkerung.

### Viermal Ja erforderlich

Schert bei den Abstimmungen auch nur eine Gemeinde aus, waren drei Jahre Planung und mehr als 200 000 Franken Planungskosten vergeblich. Fast: Gegebenenfalls könne mithilfe der erarbeiteten Grundlagen ein neues Projekt mit weniger Gemeinden aufgegleist werden, sagte der Projektleiter.

Zur Fusionsstimmung in den einzelnen Gemeinden gaben sich die vier Gemeindevertreter äusserst zurückhaltend. Lieber scheinen sie mit Fakten überzeugen zu wollen: Vom 11. bis 13. August tingelt die Projektgruppe mit ihrer Fusions-Roadshow durch alle vier Gemeinden.

[www.zukunftmittleresfricktal.ch](http://www.zukunftmittleresfricktal.ch)



**Zukunft fürs mittlere Fricktal.** Am 18. September stimmen die vier Aargauer Gemeinden über einen Zusammenschluss ab.

## Dornach überraschend im Plus

Statt Millionenverlust 50 000 Franken Überschuss in der Rechnung

Von Dina Sambar

**Dornach.** Die Gemeindefinanzen sind in Dornach ein konfliktbeladenes Thema. Vor zweieinhalb Jahren führte der Umgang mit dem massiven Defizit gar zu einem Eklat im Gemeinderat. Lorenz Altenbach (FDP) trat zurück und warf Gemeindepräsident Christian Schlatter (Freie Wähler) und dessen Parteikollegen mangelnden Sparwillen vor. Ein Jahr später sorgte eine Erhöhung des Steuerfusses von 90 auf 96 Prozent erneut für hitzige Diskussionen – zumal das Budget 2014 trotz dieser Erhöhung mit einem erwarteten Verlust von rund einer Million Franken düster aussah. Um so erfreulicher ist, dass der Gemeinderat anstelle des Millionenverlustes jetzt ein Plus von knapp 50 000 Franken präsentieren kann.

Allerdings hat sich Dornach noch nicht vollständig aus der Defizitfalle befreit. Denn die Gründe für die positive Rechnung liegen zum grössten Teil in Faktoren, die sich nicht beliebig wiederholen lassen.

### Mehr Steuereinnahmen

So hat die Gemeinde knapp drei Millionen Franken mehr Steuern eingenommen, als unter Einbezug der Steuererhöhung berechnet. «Eine Einwohnerin oder ein Einwohner versteuerte einen grossen Betrag, der uns eine Million Franken eingebracht hat», sagt Gemeindepräsident Christian Schlatter. Hinzu kommen 700 000 Franken Steuern aus der Vorjahresperiode. Die Top-30-Steuerzahler bezahlten 300 000 Franken und die juristischen Personen 350 000 Franken mehr in die Gemeindekasse als budgetiert. «Wir merken, dass wir eine attraktive Wohngemeinde sind. Offenbar kann Dornach durch attraktive Wohnlagen potenten Steuerzahlern gute Wohnmöglichkeiten anbieten», zeigt sich Schlatter erfreut. Wie lange diese Welle anhalte, wisse niemand.

Gerade deswegen will die FDP laut Gemeinderat Alain Amhof noch immer nicht locker lassen und den Daumen auf

die Ausgabenseite halten. In den vergangenen Jahren seien Aufwand und Kosten in den Bereichen Bildung und Soziales am stärksten gestiegen. In Dornach seien deshalb alle freiwilligen Leistungen auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu prüfen, so Amhof.

### Kantonaler Fehler bei Angaben

Demgegenüber steht ein Aufwand, der das Budget trotz geringeren Personal- und Sachkosten um drei Millionen überschreitet. Besonders ins Gewicht fallen die eigenen Beiträge, die über 2,2 Millionen Franken höher sind als geplant. «Der Kanton hat uns zu optimistische Sozialkosten angegeben, die im Budget entsprechend falsch übernommen wurden», sagt Schlatter.

Nur dank den unverhofft hohen Steuererträgen konnte die Gemeinde verhindern, dass sie nicht einen grösseren Verlust ausweisen musste als budgetiert. In den eigenen Beiträgen enthalten ist auch die zweite Tranche der Rückstellung für die Sanierung der Solothurner Pensionskasse in der Höhe von 1,8 Millionen Franken. Ein Betrag, der dieses Jahr nicht mehr anfällt.

Nebst den aufgeschobenen Investitionen wartet noch ein weiterer Brocken auf die Gemeinde: Durch den Systemwechsel von HRM 1 auf das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM 2) müssen die Gemeinden für die nächsten paar Jahre mehr Gewinn generieren, um die veränderte Abschreibungspraxis auszugleichen und die künftigen, höheren Investitionen zu finanzieren.

«Für die Zukunft bin ich vorsichtig optimistisch. Trotzdem können wir uns nicht zurücklehnen, sondern müssen unsere strukturellen Probleme weiter in den Griff bekommen», so Schlatter. Deshalb will er trotz Gewinn auch den Steuerfuss nicht zurücksenken. «Wir haben die Steuern aufgrund des langfristigen Finanzplans erhöht. Und dieser sieht generell nicht anders aus als dazumal.» Eine nachhaltig ausgeglichene Rechnung ist demnach erst in einigen Jahren zu erwarten.